
La démocratie n'existe pas

Entscheiden kann nur, wer auch das Risiko trägt

HEINZPETER STUDER

Es gebe eine ganze Reihe von Gründen, warum die Demokratie nicht mehr richtig funktionieren könne, behauptet dieses Heft. Aber: Hat die Demokratie jemals funktioniert?

Demokratie wird meist nicht wahrgenommen, sondern delegiert. Mit fatalen Folgen für alle Beteiligten. Die Delegierenden vergeben sich die konkrete Erfahrung der Wahrnehmung ihrer Interessen im Alltag. Der Mangel an Zivilcourage und die verbreitete Scheu vor der Verteidigung eigener Rechte zeugen davon. Die Delegierten ihrerseits werden überfordert von der Aufgabe, ihre eigenen Interessen hintanzustellen, um die Interessen jener zu vertreten, von denen sie delegiert wurden. Eine erdenferne Idee, ähnlich jener vom «aufgeklärten Monarchen».

Delegierte erliegen einer eigentümlichen Persönlichkeitsveränderung. Einmal im Amt, nehmen sie sich Privilegien selbstverständlich heraus – nicht, weil sie böse sind, sondern weil sich alle Menschen der Vorteile in ihrer Reichweite bedienen. Dass Macht korrumpiert, ist nichts Neues. Neu ist dagegen, dass die Persönlichkeitsveränderung seit einigen Jahrzehnten noch massenmedial überhöht und beschleunigt wird.

Schritt um Schritt wird das Delegiertsein zum Selbstzweck, und hier entfaltet die Wiederwählbarkeit ihr antidemokratisches Gift. Nicht die hehren Ziele, für die sich jemand wählen liess, stehen im Zentrum der Aktivitäten, sondern das Überleben als Delegierter in der nächsten Legislatur. Dem stehen die Wählenden potenziell im Wege, da sie darüber entscheiden, ob jemand noch einmal delegiert wird. Also gilt es, den Delegierenden scheinbar nach dem Mund zu reden (Populismus), um des Nektars der Macht nicht verlustig zu gehen.

Irreführend wird das «repräsentative» Demokratie genannt – aus der Vorstellung heraus, die Gewählten repräsentierten die Allgemeinheit. Jedoch: Ist Demokratie eine

statistische Veranstaltung wie eine Umfrage mit einer repräsentativen Stichprobe? Ganz anders als in der Marktforschung, wo die zufällig Ausgewählten für sich und abschätzbar für ihresgleichen sprechen, repräsentieren die Delegierten eben nicht jene, von denen sie gewählt wurden, weil sie nach der Wahl nicht mehr zu ihnen gehören, sondern zur «politischen Klasse». Wenn ein Oberdelegierter wie Blocher auf diese Kaste schimpft, ist das bloss Versteckspiel: Wer gehört zu ihr, wenn nicht er?

Ja, aber in der Schweiz haben wir doch eine direkte Demokratie, mit Volksabstimmungen als Gegengewicht zu den Entscheidungen der Gewählten! Doch was ist das für eine Demokratie, bei der 51 Prozent den 49 Prozent anders Stimmenden gegenüber stehen und den 60 Prozent Nichtstimmenden die Meinung aufzwingen? Wenn die Sache so liegt, ist sie noch nicht reif für eine Entscheidung. Keine Zeit, sie länger zu diskutieren? Steckt nicht Menschenverachtung hinter der Forderung, eine Sache müsse rasch entschieden werden, rascher als die Mehrheit der Menschen sie zu Ende zu denken vermag? Seit einigen Jahrhunderten hat sich die Menschheit gesellschaftlich kaum viel weiter entwickelt, während die technische und wirtschaftliche Entwicklung in immer grösserem Tempo vorangetrieben wurde. Diesen Widerspruch nutzen heute Fundamentalisten jeder Art – und zeigen damit ungewollt, was wirklich ansteht: Ein Moratorium für technische und wirtschaftliche Neuerungen, damit die Gesellschaft endlich aufholen kann.

Stattdessen gilt die Regel: Mit einer Million mach ich einen Kartoffelsack zum Bundesrat. Wer die Mittel hat, ge-



winnt, weil er die Medien auf seiner Seite hat. Und in den Medien werden wir dann als «Stimmvolk» bezeichnet: eine Masse, die man nur richtig manövrieren muss, damit sie das wunschgemässe Resultat abliefern.

Die Wahl von Personen, die weit entfernt von uns entscheiden, kann niemals demokratisch sein. Statt dass die Wahl durch das Volk die Macht bindet, vergrössert sie diese; denn nur wer am meisten Macht um sich zu versammeln weiss, kann die Wahl gewinnen. Das gilt für jede Wahl von Delegierten. Wie viele Personen, denen du jemals deine Stimme gabst, kennst du persönlich? Bei wie vielen der von dir Gewählten bist du sicher, dass sie in deinem Sinne entscheiden werden? – Aha. Warum hast du sie dann gewählt?

Ein Versuch, sich als Volk selber zu regieren, war die von Marx und Engels inspirierte Räte­demokratie zu Beginn der Sowjetunion. Die Idee: Nur die lokalen Räte (Sowjets) werden von der Bevölkerung gewählt, während jeder Sowjet Mitglieder in die nächsthöhere Ebene delegiert. Und alle Gewählten können jederzeit abberufen werden. Das Experiment scheiterte daran, dass es von der herrschenden Partei der Bolschewiken von oben her ausgehöhlt wurde. Die Lehre daraus: Eine Gesellschaft, die Parteien und Ideologien braucht, um sich zu orientieren, ist nicht reif für ein Räte­system.

Im räte­demokratischen Modell steckt dennoch eine Wahrheit, um die keine Diskussion über Demokratie herumkommt:

Mitbestimmen kann ich nur, was ich kenne. Nur kleine Einheiten können sich selber verwalten. Und für darüber hinaus reichende Fragen kann nur von selbstverwalteten Einheiten gemeinsam ein tragfähiger Konsens gefunden werden. Grosse Einheiten dagegen schaffen exponentielle Reibungsverluste, mit hohem Aufwand für Verwaltung und Kontrolle; das Resultat sind frustrierte Untergebene und arrogante Führertypen vom Schlage eines Peter Bodenmann, die ihr schnelles Denken mit Führung verwechseln und nicht warten können, bis die andern ihnen folgen; kam-sah-siegte wie weiland Cäsar, der bekanntlich auch kein Demokrat war. Die weltweit eher schwache Form der Sozialisten rührt nicht zuletzt daher, dass sie immer wieder solche Figuren an die Spitze lassen.

Grosse Einheiten, ob in der Politik oder in der Wirtschaft, führen zu Entfremdung, zu hohen sozialen und psychischen Folgekosten, kurz: sie kosten die Gesellschaft zu viel. So zeigt eine kürzlich publizierte Untersuchung, dass die Zufriedenheit der Patienten in grossen öffentlichen Spitälern geringer ist als in kleinen. Grundsätzlich gilt: Je höher die Entscheidungsebene, desto ferner von den Interessen der Betroffenen wird entschieden. Je nach Parteibuch jammern wir darüber, dass die WTO, die EU, die UNO über unsere Köpfe hinweg entscheidet. Wohl wahr.

Ähnliches gilt auch für uns näher liegende Institutionen wie Krankenkassen, Wohnbau- und Konsumgenossenschaften: Einst von Arbeitern aus Selbsthilfe gegründet, sind sie heute nicht mehr ihren «Mitgliedern» Rechenschaft schul-

Dass Macht korrumpiert, ist nichts Neues. Neu ist dagegen, dass die Persönlichkeitsveränderung seit einigen Jahrzehnten noch massenmedial überhöht und beschleunigt wird.

dig, sondern Banken und andern big players. Die grossen Wohngenossenschaften sanieren an den Bedürfnissen der weniger Bemittelten vorbei. Die Krankenkassen hofieren einer teuren Medizin statt der einfachen Gesundheit. Ein stromlinienförmiger Moloch wie die Coop müsste sich längst in eine Aktiengesellschaft umwandeln. Erst recht die Migros, eine «Genossenschaft» mit Statuten, die sich beinahe lesen wie die Verfassung der Eidgenossenschaft und die der M-Frühling 1980 beim Wort zu nehmen versuchte – vergeblich. Doch sind die Bosse schuld, sie allein? War da nicht ein Volk, das sie gewähren liess? Oder sind auch wir gefangen im Nochmehr, Nochgrösser, Nachschneller, das wir fromm mitbeten und die Augen vor den Konsequenzen verschliessen?

Auch in demokratisch verfassten Ländern hat die grosse Mehrheit zu vielen ihren Alltag betreffenden Fragen nichts zu vermelden. Wir wohnen in Häusern, die uns nicht gehören, obschon wir sie mit unserer Miete in 21 Jahren abbezahlt haben. Wir schufteten in Firmen, die nicht zuletzt dank unserer Arbeit existieren, ohne dass wir über deren Verhalten uns und der Umwelt gegenüber mitentscheiden können. Die vor allem in Westdeutschland nach 68 heiss geführte Mitbestimmungsdebatte ist erlahmt – vielleicht auch darum, weil Mitbestimmung keine Demokratie schaffen kann.

Natürlich muss man sich für seine Rechte, für seine Interessen wehren, als Mitglied einer Gewerkschaft oder eines Mieterverbands. Mit Demokratie hat das freilich wenig zu tun, ist bestenfalls ein Schritt dahin. Demokratie kann nur aus dem Zusammenschluss freier Menschen entstehen. Die meisten Menschen hierzulande sind nicht frei, sondern Lohnabhängige und damit abhängig von einem ganzen System an Absicherungen, um die sie sich nicht mehr zu kümmern brauchen. Die meisten Menschen haben dieses System so verinnerlicht, dass sie, wie ich als Selbständigerwerbender immer wieder erfahre, keine Ahnung davon haben, was es bedeutet, für seine ökonomische Existenz selber die Verantwortung zu übernehmen. Darum steht, wer arbeitslos aus dem System fällt, dann ziemlich hilflos und allein da.

Wer seine finanzielle Sicherheit an einen Betrieb delegiert und unabhängig vom wirtschaftlichen Auf und Ab jedes Monatsende einen Lohn haben will, darf nicht erwarten, dass der Betrieb mitentscheiden lässt. Es gibt nicht den Fünfer und das Weggli. Demokratie setzt die Bereitschaft voraus, das Risiko von Entscheiden mitzutragen. Das aber will kaum jemand. Es ist bequemer, sich von SP, Gewerkschaften & Co die Kohlen aus dem Feuer holen zu lassen – und für diese Verbände ist es bequemer, wenn wir ihnen diese Aufgabe delegieren. Basismitglieder, die sich da einmischen, stören nur den Job der Funktionäre.

Mitbestimmen wollen, ohne Risiko zu tragen: Das war etwa der Webfehler des Migros-Frühling. Richtig war es, den geschenkten Genossenschaftsanteil ernst zu nehmen; falsch war der Anspruch, deswegen gleich als «Besitzer» aufzutreten. Rückblickend war es nur konsequent, dass sich der M-Frühling bis zu seiner Auflösung 1997 mehr und mehr in einen Gratishorchposten für das Migros-Marketing verwandelte, sich also für Konsumentenschutz und kaum mehr für Demokratie im damals grössten Binnenkonzern der Welt einsetzte.

Ähnlicher Webfehler bei der «Leserzeitung», dem nach wenigen Jahren 1979 eingestellten Alternativmagazin, das formal seinen Abonnenten/-innen gehörte. Gut gemeint, aber: Kann jemand, der 50 Franken im Jahr riskiert, deswegen Mitbesitzer sein und über Dinge entscheiden, die er nicht selber tragen muss?

Anders sieht's natürlich aus, wenn du allein oder mit andern einen eigenen Betrieb aufbaust, dich aus der Abhängigkeit heraus und in die nicht so bequeme Freiheit wagst. Genau dahin zielen meine Gedanken.

An der Schnittstelle von liberalen und sozialistischen Ideenwelten entstanden verschiedene Versuche, gesellschaftliche Organisation anders zu denken. «Dritte Wege» wurden vor allem ab den 1960er Jahren von klugen Köpfen gewiesen, verbunden mit der Bewegung der eben erst unabhängig gewordenen blockfreien Länder des Südens, mit der

Wie viele Personen, denen du jemals deine Stimme gabst, kennst du persönlich? Bei wie vielen der von dir Gewählten bist du sicher, dass sie in deinem Sinne entscheiden werden? – Aha.

Warum hast du sie dann gewählt?

Selbstverwaltungsbewegung in Titos Jugoslawien oder mit den Emanzipationsversuchen in Osteuropa.

Eine der interessantesten und ältesten Entwicklungen an dieser Schnittstelle ist der Anarchismus – der bisher wohl radikalste Versuch, die einander widerstrebenden Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu vereinen. Anarchismus will nicht, wofür ihn Konservative, Liberale, Sozialisten oder Kommunisten immer wieder verfeimten. Er will nicht Unordnung und Terror, er will nicht die Auflösung gesellschaftlicher Organisation – er will schlicht keine Herrschaft. Anarchisten/-innen wollen weder befehlen noch gehorchen, sie lehnen jegliche Autorität ab. Abgesehen von einigen rabiatab individualistischen Denkern eignet dem Anarchismus ein kollektives Gewissen der Selbstorganisation als freier Zusammenschluss von Freien.

Kleine anarchische Gesellschaften sind im Lauf der letzten 150 Jahre überall auf der Welt immer wieder entstanden – und immer wieder von Militärstiefeln zertreten worden, wie Feuer, das es zu tilgen gilt, bevor es als Flächenbrand Herrschaft grundsätzlich in Frage stellen könnte. Bis heute haben anarchische Gesellschaften nie auf Dauer überleben können – vielleicht mit Ausnahme eines ganzen Netzwerks von hunderten kleiner Produktionsgenossenschaften im Baskenland, welche die Franco-Aera überdauert haben und bis heute gedeihen. Die Menschheit scheint noch nicht reif zu sein für so viel Freiheit. Doch bricht eine Herrschaft an ihren inneren Widersprüchen auseinander, ist anarchische Selbstorganisation oft ein Modell des Überlebens, so zum Beispiel nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch in Argentinien, wo sich grosse Teile der plötzlich verarmten Bevölkerung mit fantastisch organisierten Tauschbörsen über die Runde halfen. Fazit: Demokratie ist rasch und leicht zu verlangen. Aber Demokratie machen und die Folgen dafür tragen?

Natürlich ziehe ich es vor, in einem Land zu leben, wo ich wählen und abstimmen kann, was ich grundsätzlich tue, weil dieses Recht trotz allem eine Errungenschaft

ist, die nicht preisgegeben werden darf. Ich ziehe es vor, in einem Land zu leben, wo ich meine physischen Bedürfnisse relativ angstfrei befriedigen und das Maul auch dann aufmachen kann, wenn ich anderer Meinung bin als die Mächtigen.

Aber ist das schon Demokratie? Hat es nicht vielmehr damit zu tun, dass die meisten Menschen auf der Welt eben nicht in solchen Verhältnissen leben, sondern mit ihrer Armut unseren Wohlstand nähren? Eine Ungleichheit mit System; schon vorkoloniale frühdemokratische Gesellschaften gewährten nur einer Minderheit der Bevölkerung das Stimm- und Wahlrecht und stützten sich ökonomisch auf die unbezahlte Arbeit von Sklaven, Frauen und Vasallen. Anders als auf der Grundlage der Ausbeutung haben so genannt demokratische Gesellschaften noch nie funktioniert. Darum ist es kein Widerspruch, wenn Hegemonen wie die USA andern Ländern, deren Reichtum sie für sich begehren, das aufzwingen, was sie als Demokratie bezeichnen. Dass die Menschen in ausgebeuteten Ländern ganz andere Sorgen haben, ficht Demokraten nicht an.

Der im Begriff Demokratie schlummernde Anspruch, die Herrschaft des Volkes, kann sich nur auf der Grundlage der Gleichheit seiner Glieder erfüllen, und diese setzt voraus, dass jeder dieser Gleichen frei ist und sich den andern gegenüber brüderlich verhält. Doch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit waren schon von den französischen Revolutionären verraten worden, die sie an ihre Trikolore geheftet hatten – sie galt selbstverständlich nicht für die unteren Stände, deren man sich nur als rebellische Masse für den Umsturz bedient hatte.

Demokratie ist sozusagen die auf halbem Weg stecken gebliebene Abschaffung der Herrschaft, und wie alle halben Dinge ist sie gefährlich.

Heinzpeter Studer (*1947) war in seiner Jugend kurz beim Freisinn, dessen Demokratiedefizit ihn aber enttäuschte, danach jahrelang aktiv bei den Jungsozialisten und der Sozialdemokratischen Partei, später als parteiloser Linker drei Jahre lang für die Grünen im St. Galler Kantonsrat und zweimal Kandidat für den Nationalrat, zum Glück erfolglos, wie er heute meint. Er arbeitete, meist als Selbständiger, lange Jahre für die Leserzeitung, M-Frühling und kagfreiland. In den letzten drei Jahren engagierte er sich vor allem für ein Projekt des Vereins **fair-fish** im Senegal.

Wer seine finanzielle Sicherheit an einen Betrieb delegiert und unabhängig vom wirtschaftlichen Auf und Ab jedes Monatsende einen Lohn haben will, darf nicht erwarten, dass der Betrieb mitentscheiden lässt. Es gibt nicht den Fünfer und das Weggli.